



Bezirksregierung Münster Regionalplanungsbehörde

Geschäftsstelle des Regionalrates

Tel.: 0251/411-1755 Fax: 0251/411-81755 E-Mail: geschaeftsstelle.regionalrat@brms.nrw.de

Sitzungsvorlage 69/2012

**Regionale Strukturpolitik
Münsterland
Sachstand der Vorbereitung der nächsten Förderperiode**

Berichterstatter: Regierungspräsident Prof. Dr. Reinhard Klenke

Bearbeiter: Regierungsdirektor Reinhard Bernshausen
Tel.: 0251-411-1700

Diese Vorlage ist Beratungsgrundlage zu

- TOP der Sitzung der Verkehrskommission am
- TOP 2 der Sitzung der Strukturkommission am 10.12.2012**
- TOP 2 der Sitzung des Regionalrates am 17.12.2012**

Beschlussvorschlag

für die Verkehrskommission:

- Zustimmung Kenntnisnahme

für die Strukturkommission:

- Zustimmung Kenntnisnahme

für den Regionalrat:

- Zustimmung Kenntnisnahme

Information zur Vorbereitung der nächsten Förderperiode des europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

Wirtschaftsminister Garrelt Duin hat am 26. September die ersten Eckpunkte des EFRE-Programms in der Förderperiode von 2014 bis 2020 sowie die Ergebnisse des landesweiten Konsultationsprozesses vorgestellt, in dem das Wirtschaftsministerium rund 900 Kommunen, Verbände, Wirtschaftsförderer und andere Beteiligte in ganz NRW nach ihren Vorstellungen gefragt hatte. Auch das am 18. Juni vom Regionalrat beschlossene Positionspapier des Münsterlands hat hier Eingang gefunden.

Die **inhaltlichen Schwerpunkte** der neuen Förderperiode entsprechen den Prioritäten, die auch das Münsterland seinem Positionspapier zugrunde gelegt hat:

- Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung u. Innovation,
- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU und
- Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO₂-Emissionen.

Hinzu kommen die Themen Stadt- und Quartiersentwicklung sowie Prävention. Die Landesregierung will sich auch dafür einsetzen, dass die Themen Tourismus, Konversion, demografischer Wandel sowie die Reaktivierung von Industriebranchen mit EFRE Mitteln gefördert werden können.

Auch weiterhin sollen die EU-Strukturfondsmittel landesweit eingesetzt werden. „Unser Grundsatz bleibt: Gefördert werden die besten und innovativsten Projekte, egal in welcher Region. Deshalb wird es auch weiterhin zahlreiche Wettbewerbe um die EU-Mittel geben“, so der Minister. Eine intelligente Steuerung der Mittel werde dabei sicherstellen, dass die vom Strukturwandel besonders belasteten Städte und Regionen angemessen berücksichtigt werden.

Neben Wettbewerbsverfahren wird es demnach Einzelfallentscheidungen und die Einzelfallförderung nach Förderrichtlinien geben. Auch revolvingende Fonds sollen erprobt werden. Das neue Instrument der "Integrierten Territorialen Investitionen (ITI)" soll modellhaft erprobt werden, wobei jedoch keine Übertragung der Mittelverwaltung vorgesehen ist.

Ein zentrales Thema für die Vorbereitung der neuen Förderperiode ist die Verwaltungsvereinfachung. Minister Duin erklärte hierzu: „**Ziel der Landesregierung ist, EFRE einfacher zu machen.** Dazu werden wir alle Möglichkeiten ausnutzen: Statt 110 sollen zukünftig nur noch 15 Institutionen beteiligt werden, die Zahl der bewilligenden Stellen soll auf ein Fünftel reduziert und die Vergaberegeln sollen einfacher werden. Denn die Inhalte sollen im Mittelpunkt stehen und nicht Fragen der Abwicklung“.

Ein Arbeitskreis Verwaltungsvereinfachung hat hierzu erste Ergebnisse vorgelegt. Konkret geht es um folgende Maßnahmen:

- Einführung von Pauschalen (Personal- und Gemeinkosten)
- Neuregelung der Anrechnung zweckgebundener Spenden
- Vereinfachung der Vergaberegeln für Private
- Reduzierung der zwischengeschalteten Stellen und Bewilligungsbehörden
- Einführung elektronischer Verfahren
- Entschlackung der Förderrichtlinien
- Überprüfung der Landeshaushaltsordnung auf Effektivität und Vereinfachung der Mittelvergabe.

Wie viele Mittel aus den EU Strukturfonds zukünftig für NRW zur Verfügung stehen werden hängt maßgeblich von der konkreten Ausgestaltung des **mehrjährigen Finanzrahmens der EU** ab. Die Verhandlungen hierüber sind jetzt in der entscheidenden Phase. Nach wie vor bestehen starke Interessengegensätze im Rat über die Frage, ob das Budget der EU max. 1% des BNE betragen darf oder mehr? Gegenwärtig erscheint eine Reduzierung des Finanzrahmens gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag wahrscheinlich. So hat die zyprische Ratspräsidentschaft (29. Okt.): eine Kürzung um mind. 50 Mrd. € ins Spiel gebracht. Dies könnte für NRW etwa 5 % weniger Strukturmittel bedeuten. Falls der für den 22./23. November vorgesehene Sondergipfel keinen Kompromiss findet, ist mit einem Ergebnis erst im nächsten Jahr zu rechnen.

Über den weiteren Fortgang der Vorbereitung der neuen Förderphase wird bei Vorliegen relevanter Erkenntnisse berichtet.